



Michael Hager, 52, leitet das Kabinett von EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Alle wichtigen und milliarden schweren Entscheidungen zu Banken, Versicherungen, Finanzstabilität und Kapitalmärkten gehen damit über seinen Schreibtisch. Hager (verheiratet, drei Kinder) lebt und arbeitet seit mehr als 20 Jahren in Brüssel. Der bayrische Schwabe aus der Nähe von Augsburg begann als Assistent im EU-Parlament, wertvolle Erfahrung sammelte er in der Generaldirektion Binnenmarkt. Zuletzt leitete er das Kabinett von Günther Oettinger. Hager gilt als effizienter Politprofi.

Milliarden für Reformen

DUV: Die EU-Kommission rechnet mit einer tiefen Rezession in diesem Jahr in Europa – bis zu 7,5 Prozent minus. Das Wirtschaftsleben der EU steht vor einem Neustart, angeschoben von vielen Einzelmaßnahmen. Welche Instrumente in welcher finanziellen Größenordnung sollen für die Erholung eingesetzt werden?

Hager: Die Covid-19-Krise hat die EU mit einer riesigen Herausforderung konfrontiert. Da alle Mitgliedsstaaten gleichzeitig von der Krise betroffen wurden, kam es zu einem symmetrischen Schock, der die EU in eine noch nie dagewesene Situation gebracht hat. Nun steht unsere Wirtschaft vor einem Neustart und muss wieder hochgefahren werden. Um die Mitgliedsstaaten bei ihren Anstrengungen des Wiederaufbaus zu unterstützen, hat die Europäische Kommission einen Wiederaufbauplan vorgelegt – „NextGenerationEU“. Dieser soll den Aufbau in den Mitgliedsstaaten unterstützen, die Wirtschaft ankurbeln und Investitionen fördern. Gleichzeitig soll aber auch der digitale und nachhaltige Umbau der Wirtschaft angegangen werden. „NextGenerationEU“ ist im mehrjährigen Finanzrahmen der EU verankert und soll zusätzlich 750 Milliarden Euro zur

Verfügung stellen. Zusammen mit „NextGenerationEU“ wird der langfristige EU-Haushalt 2021-2027 verstärkt werden und somit die finanzielle Schlagkraft auf insgesamt 1,85 Billionen Euro erweitert.

DUV: Welche Reformanstrengungen erwartet Brüssel im Gegenzug von den Staaten, die frisches Geld erhalten?

Hager: Es geht in der Tat um die Kombination aus Investitionen und Reformen. Im Vorschlag zum Wiederaufbau hat die EU-Kommission deshalb die Notwendigkeit von nationalen Wiederaufbauplänen unterstrichen. So sollen die Mitgliedsstaaten Reformpläne einreichen, die die EU-Kommission analysieren und bewerten wird. Wenn dann gewisse Reformschritte erreicht sind, können europäische Zuwendungen fließen. Die Zielsetzung solcher nationalen Pläne soll mit den europäischen Prioritäten der Digitalisierung und des Klima- und Umweltschutzes einhergehen, sowie den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters folgen.

DUV: Welche Rolle spielt Deutschland beim Wiederaufbauplan? Warum ist das notwendig?

Hager: Der Wiederaufbauplan der EU-Kommission geht über den deutsch-französischen Vorschlag von Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron hinaus. Gleichzeitig sind einige Elemente des Vorschlags, etwa Zuschüsse statt Kredite, die nur den Schuldenstand der Mitgliedsstaaten erhöhen würden, in unserem Vorschlag aufgegriffen worden. Deutschland ist sich seiner Rolle in Europa bewusst und hat mit dem Vorschlag ein deutliches Zeichen seiner europäischen Solidarität gezeigt.

DUV: Letztlich ist alles Geld des Steuerzahlers, große Teile davon als Zuschüsse. Steigen die Rettungspakete nicht in irrationale Größenordnungen?

Hager: Die Covid-19-Krise hat die globale Wirtschaft in tiefe ökonomische Schwierigkeiten gestürzt. Dies blieb auch der EU nicht erspart. Mit dem kompletten Lockdown sind viele Unternehmen sowie Privatleute in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die europäische Wirtschaft braucht deshalb einen ambitionierten Wiederaufbauplan in sichtbarer Höhe. Wir haben unserem Vorschlag auch eine Bedarfsanalyse beigelegt, die deutlich macht, welche Lücken etwa bei Investitionen zu füllen sind – von privater und öffentlicher Seite. Mit unseren Rettungspaketen müssen wir sicherstellen,

II.

Finanzdienstleister spielen wichtige Rolle

dass Unternehmen gesund aus der Krise herauskommen und somit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Gleichzeitig sollen die Hilfspakete gezielt da helfen, wo Unterstützung am dringendsten nötig ist. So will die EU besonders betroffene Länder und Regionen unterstützen und einer regionalen Spaltung entgegenwirken. Da die Covid-19-Krise alle EU-Mitgliedsstaaten betrifft, müssen unsere Anstrengungen gezielt und ambitioniert sein, sodass angemessen geholfen werden kann. Die Größenordnung der Hilfspakete ist absolut sinnvoll, um die nötige Stabilität herzustellen und Wachstum anzukurbeln. Unter „NextGenerationEU“ wird die EU ihr exzellentes Kreditrating nutzen, um Geld am Kapitalmarkt aufzunehmen und so zusätzliche Belastungen für die Mitgliedsstaaten zu vermeiden. Rückzahlungen der Anleihen fallen dann erst ab der nächsten Haushaltsperiode an.

DUV: Die neue EU-Kommission war nur wenige Monate im Amt, dann kam Corona. Green Deal bleibt oben auf der Tagesordnung. Was soll die Strategie zu „Sustainable Finance“ leisten? Wieviele Milliarden wollen Sie umleiten in nachhaltige Investments?

Hager: Die europäische Wachstumsstrategie, der European Green Deal, bleibt neben der Digitalisierung die zentrale Priorität unseres angepassten Arbeitsprogrammes für 2020 und für das gesamte Mandat. Europas Bestrebungen für ein klimafreundliches Wachstum und Wirtschaften werden weiterhin weit oben auf der Agenda stehen. Die europäische Strategie der nachhaltigen Wirtschaft wird dazu beitragen, private Investitionen in nachhaltige Projekte zu generieren und somit einen wichtigen Beitrag leisten, um

Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Mit dem European-Green-Deal-Investment-Plan, den die EU-Kommission am 14. Januar 2020 vorgestellt hat, sollen in den nächsten zehn Jahren mit Hilfe des Privatsektors eine Billionen Euro für nachhaltige Investitionen mobilisiert werden. Bis 15. Juli 2020 läuft eine öffentliche Konsultation bezüglich einer Anpassung der Strategie für nachhaltige Finanzierung, die auch die Auswirkungen der Covid-19-Krise in Augenschein nehmen wird.

DUV: Welche Rolle soll der Finanzdienstleistungssektor dabei spielen?

Hager: Zunächst werden im Rahmen des Wiederaufbaus Finanzdienstleister eine wichtige Rolle spielen. Durch sie soll finanzielle Unterstützung an Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer fließen. Wir werden im zweiten Halbjahr eine Fortschreibung der Sustainable-Finance-Strategie vorlegen und dabei die zentrale Rolle des Finanzdienstleistungssektors mit Maßnahmen untermauern.

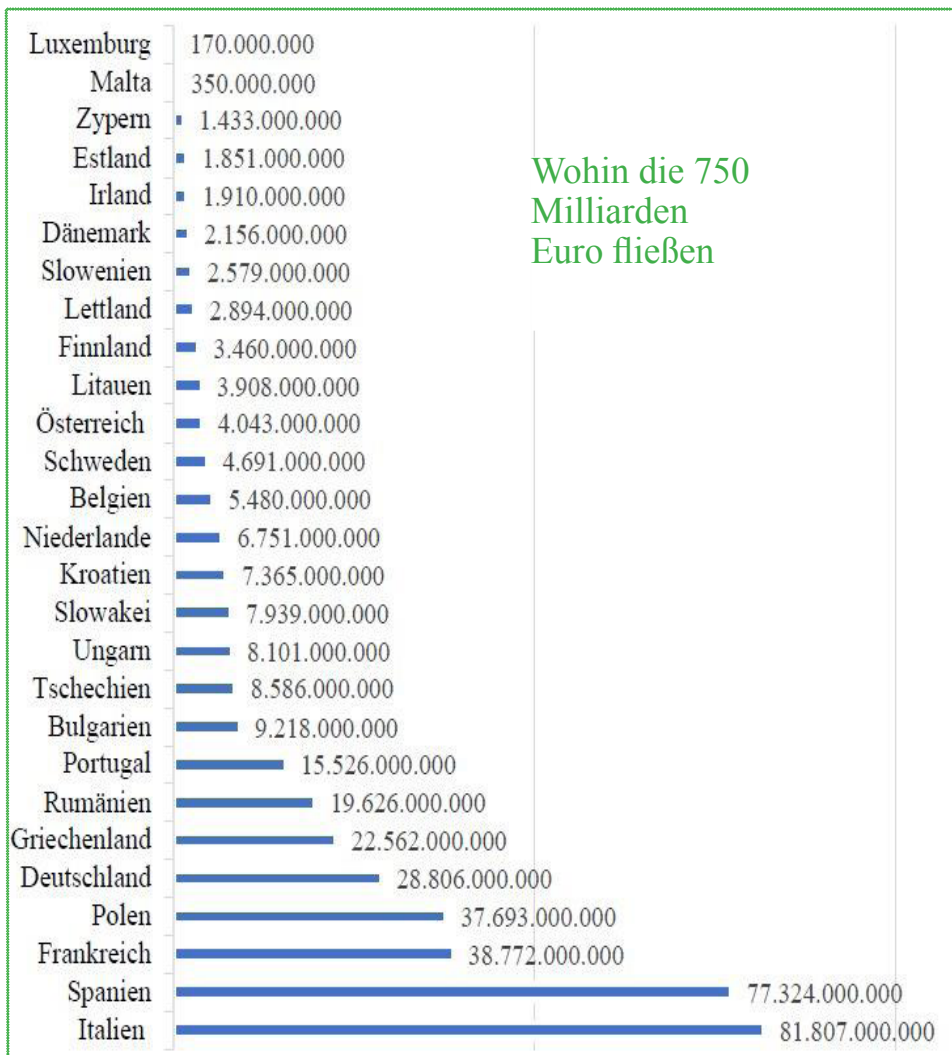
DUV: Was erwartet uns in der anstehenden FinTech-Agenda?

Hager: Der Finanzsektor aber auch Tech-Unternehmen nutzen intensiv die Möglichkeiten der Digitalisierung. Start-Ups bringen neue Ideen ein. Es entwickelt sich ein Ökosystem aus unterschiedlichen Spielern, die aber nach den gleichen Regeln auf dem Spielfeld agieren müssen. Hier gilt es, mögliche Lücken zu schließen, neue Zahlungssysteme (sogenannte crypto-assets) im Interesse der Finanzstabilität angemessen zu regulieren und nicht zuletzt die Cybersicherheit zu verstärken.

DUV: Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den EZB-Anleihen hat für Aufmerksamkeit gesorgt: Inwieweit spielt das Urteil in Ihre Überlegungen für den weiteren Fahrplan hinein?

Hager: In der Tat hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Aufmerksamkeit und auch Aufregung im europapolitischen Kontext gesorgt. Die EU-Kommission ist momentan im Prozess, das Urteil auch hinsichtlich seiner weitergehenden Wirkungen genau zu analysieren und entsprechende Schlüsse zu ziehen.

Wohin die 750 Milliarden Euro fließen



III.

Zuversicht und Vertrauen



Gutes Team: Kabinettschef Michael Hager und sein Boss, Vizepräsident Valdis Dombrovskis (Foto)
Quelle: EU-Kommission, audiovisueller Service

DUV: Die Generaldirektion Finanzdienstleistungen (FISMA) ist auch für private Sparer, die private Altersvorsorge zuständig. Wo sehen Sie Druck und/oder Handlungsbedarf?

Hager: Gerade jetzt unter den schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen durch COVID-19 ist es wichtig, nicht nur die Liquidität von Unternehmen zu erhalten, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger bestmögliche Sicherheiten zu bieten. Deswegen haben wir auch ein Paket mit Maßnahmen vorgelegt – das mittlerweile rasch vom Gesetzgeber angenommen wurde – um Banken mehr Flexibilität zu geben, die reale Wirtschaft zu diesem kritischen Zeitpunkt zu unterstützen. Wir sehen, dass der Finanzsektor - Banken und Versicherungen - bereits viele Initiativen ergriffen hat, um den Kunden durch das schwere Wetter der Krise zu helfen. Bei einem von der EU-Kommission organisierten runden Tisch vor einigen Tagen wurden „best practices“ dargestellt und mit den Verbraucherorga-

nisationen diskutiert. Und wir werden das Thema auch weiterhin verfolgen.

DUV: Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Empfehlungen der High-Level-Group zur Kapitalmarktunion?

Hager: Die Kapitalmarktunion erfährt nicht zuletzt im Rahmen der Post-Covid-19-Aufbaustrategie große Aufmerksamkeit. Wenn wir die Wirtschaft in der EU wieder in Schwung bringen wollen, braucht es Zuversicht und Vertrauen von Investoren und Anlegern. Es braucht aber auch diversifizierte Möglichkeiten für Unternehmen, an Kapital zu kommen. Die Empfehlungen des High-Level-Forums bieten wertvolle Anregungen, die wir für unseren Aktionsplan nutzen. Entscheidend ist, tiefere und stärker integrierte Kapitalmärkte zu ermöglichen, um Investitionen zu stimulieren und KMUs und Start-Ups zu unterstützen. Am Ende des Mandats sollten wir einen entscheidenden Schritt erreicht haben, die 27 separaten Kapitalmärkte zu einer Kapitalmarktunion zusammenzuführen.

Europäischer Wiederaufbauplan & EU-Finanzarchitektur

	Merkel-Macron	Die genügsamen Vier <small>Niederlande, Österreich, Dänemark, Schweden</small>	EU-Kommission
Volumen	500 Mrd. Euro Zuschüsse	500 Mrd. Euro Kredite	750 Mrd. Euro 500 Mrd. Zuschüsse 250 Mrd. Kredite
Finanzierung	Gemeinschaftsanleihen (keine gesamtschuldnerische Haftung)		
Institutionelle Lösung	Fonds mit Anbindung EU-Budget/MFR	Vorübergehender, einmaliger Notfallfonds mit Anbindung an MFR	EU-Budget / MFR
Refinanzierung	Alle EU-Staaten	Hilfeeempfänger	Nationale Beiträge (alle EU-Staaten) oder neue Eigenmittel
Verwendungsaufgaben	„klares Bekenntnis der Mitgliedstaaten zu solider Wirtschaftspolitik und einer ambitionierten Reformagenda“	Gründliche Bedarfsanalyse, Beteiligung des Europ. Rechnungshofs	Verbindung mit Reformzusagen im Europäischen Semester